



Schlusserklärung zum Haushalt 2016
Klaus Wendroth, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,
im Rat am 15. März 2016

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir stehen heute vor dem Abschluss von besonderen und gleichermaßen besorgniserregenden Haushaltsberatungen, die uns allen sicherlich noch lange im Gedächtnis bleiben werden.

Besonders waren diese Haushaltsberatungen, weil der Verlauf ein gänzlich anderer war, als wir ihn uns anfänglich gedacht hatten. Die Krise bei VW und der damit verbundene erwartete Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen haben im September des letzten Jahres zunächst zu einem Stopp der bereits laufenden Haushaltsberatungen geführt und schließlich zu einem Konsolidierungsprogramm, wie es seit 2002 nicht mehr notwendig war. Immerhin müssen in den nächsten vier Jahren insgesamt 120 Millionen Euro eingespart werden, so das nachvollziehbare Sparziel des Oberbürgermeisters.

Der erste Dank der CDU-Fraktion geht daher an das Finanzdezernat mit Christian Geiger an der Spitze, weil innerhalb kürzester Zeit nicht nur ein konsequentes Sparprogramm entwickelt wurde, sondern auch noch unter Zeitdruck in den bestehenden Haushaltsentwurf eingearbeitet wurde. Vielen Dank dafür!

Der zweite Dank meiner Fraktion geht an alle Fachbereiche, die mit ihren Konsolidierungsvorschlägen dazu beigetragen haben, dass unter engen zeitlichen Vorgaben ein Einsparpotenzial von annähernd zehn Millionen Euro im Ergebnishaushalt in Aussicht gestellt werden konnte. Es zeigt sich also, dass mit ausgewogenem und gleichmäßigem Sparen sehr wohl der städtische Haushalt entlastet werden kann, ohne bestehende sinnvolle Strukturen zu zerstören.

Besorgniserregend waren die Haushaltsberatungen jedoch deshalb, weil man aufgrund der Flut an eingegangenen Anträgen und dem nicht erkennbaren Sparwillen in weiten Teilen des Rates davon ausgehen muss, dass noch nicht allen klar ist, in welcher Krise wir uns befinden. Die Grünen, Sie tragen immerhin große Mitschuld am Sanierungsstau der 1990er-Jahre, schwingen sich zum Gralshüter der Schulsanierung auf, obwohl die Bauverwaltung in Person von Stadtbaurat Leuer klar dargelegt hat, dass Maßnahmen verschoben werden müssen, weil die finanziellen Mittel fehlen. Die Linken brüsten sich damit, dass ihre Anträge zusammengenommen eine Einsparung von

sechs Millionen Euro ergeben würden. Aber um welchen Preis? Braunschweig ist eine prosperierende Großstadt, die nicht nur von den Gewerbesteuerereinnahmen großer Unternehmen in der Stadt, sondern auch von den mittleren und kleinen mittelständischen Unternehmen lebt. Mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer oder der Einführung einer Bettensteuer, beides von Ihnen vorgeschlagen, würden Sie die Dynamik am Standort Braunschweig abwürgen und damit vielleicht kurzfristig einige Einsparungen erreichen, aber bereits mittelfristig unserer Stadt schaden!

Wie bereits ausgeführt, befinden wir uns in einer Krise. Eine Krise, die sich jedoch „nur“ – und an dieser Stelle will ich deutlich hervorheben, dass dieses ‚nur‘ in Anführungszeichen steht – auf Volkswagen bezieht. Denn die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Allgemeinen und hier in Braunschweig im Speziellen kann als überaus gut angesehen werden. Die Verwaltung musste ihre Einnahmeerwartungen bei der Gewerbesteuer für 2016 zwar von etwa 180 Millionen Euro deutlich nach unten korrigieren, geht hier aber immer noch von Einnahmen in Höhe von 135 Millionen Euro aus. Wir befinden uns also nicht in einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise, wie wir sie beispielsweise im Jahr 2008 und den folgenden Jahren mit einbrechenden Gewerbesteuerereinnahmen von deutlich unter 100 Millionen Euro erlebt haben. Dennoch müssen wir uns fragen, ob wir uns alles das, was in den letzten Jahren zusätzlich bezahlt wurde, auch

in Zukunft weiterhin leisten können. Wir rühmen uns für zahlreiche Braunschweiger Modelle – sei es bei den Offenen Ganztagsgrundschulen, in der geplanten Flüchtlingsunterbringung oder im Sport.

In der Regel bedeutet dieses aber, dass wir freiwillig mehr Geld bezahlen als erforderlich.

Wir als CDU-Fraktion haben in diesem Jahr nur bei einem Braunschweiger Modell einen sehr hohen Wert auf die Beibehaltung gelegt, nämlich der Entgeltfreiheit im Kindergarten. Mit der Befreiung von Kita-Gebühren haben wir im Jahr 2011 Braunschweigs Ruf als familienfreundliche Stadt deutlich gestärkt. Wie sehr wurde unsere Idee als „Wahlkampfgeg“ geschmäht, doch durch unser entschiedenes Einstehen in den letzten Wochen für die Entgeltfreiheit sollten wir nun auch den letzten Kritiker überzeugt haben, dass wir aus innerer Überzeugung gehandelt haben. Bei den Protesten von vielen tausenden Eltern – an dieser Stelle will ich kurz an die Petition von Herrn Frehe erinnern, die online innerhalb kürzester Zeit auf über 5.000 Unterstützer kam – wurde deutlich, wie wichtig die Entgeltfreiheit bei der Entscheidung für den Wohnsitz in Braunschweig gewogen hat. Diesen Standortvorteil haben Sie nun mutwillig zerstört.

Bei der Frage, in welchen Bereichen es weiteres Einsparpotenzial gibt, müssen wir uns also auch den sogenannten Pflichtaufgaben zuwenden. Bei unseren zahlreichen Braunschweiger

Modellen sind nicht alle Pflichtaufgaben auch gleichzeitig Pflichtausgaben. Damit will ich sagen, dass wir vielfach deutlich mehr bezahlen, als eigentlich vorgesehen ist.

Wir als Rat müssen uns zukünftig wieder mehr an dem Machbaren orientieren als an dem Wünschenswerten. Und deshalb geht unser dritter Dank an die vielen tausend ehrenamtlich Aktiven in unserer Stadt. An diejenigen, die nicht zuerst fragen, wie sie finanziell von ihrem Engagement profitieren, sondern sich für das Allgemeinwesen einsetzen. Sei es in unseren 30 Freiwilligen Feuerwehren, in unseren rund 230 Sportvereinen, in unseren Seniorenkreisen, bei der Betreuung der nach Braunschweig kommenden Flüchtlinge und vielen anderen Bereichen des täglichen Lebens. Sie alle leisten Arbeit, die zwar unentgeltlich aber vor allem auch unbezahlbar ist. Danke für Ihr Engagement!

Einen Bereich haben wir in diesen Haushaltsberatungen zwar immer wieder angeschnitten, doch in der Regel auch sofort ausgeklammert. Die Rede ist von den Aufwendungen für die nach Braunschweig kommenden Flüchtlinge. Noch bis Ende letzten Jahres waren wir von der Aufnahme in eigener Zuständigkeit ausgenommen. Inzwischen sind fünf städtische Sporthallen – die in der Boeselagerstraße eingeschlossen – ihrer eigentlichen Verwendung entzogen und mit Hilfesuchenden belegt. Wir bilden – so wie viele andere Kommunen in Deutsch-

land auch – lediglich das letzte Glied in einer langen Kette von Entscheidungen und blicken deshalb sorgenvoll nach Berlin und nach Brüssel. Denn dort werden wichtige Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen wir unmittelbar zu spüren bekommen. Sicherlich, mit der dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen in einer Größenordnung von mehr als 1.000.000 Menschen pro Jahr wäre Deutschland in Gänze überfordert. Mit dem bereits beschlossenen Integrationskonzept und der ehrenamtlichen Hilfe unzähliger Braunschweigerinnen und Braunschweiger befinden wir uns aber auf einem guten Wege, um eine gelingende Integration zu ermöglichen. Sorgen bereiten uns, wie sicherlich vielen anderen auch, die Ergebnisse der Landtagswahlen am Sonntag und dort vor allem die Zugewinne für die Rechtspopulisten. Es scheint nun sicher, dass wir uns bei den Kommunalwahlen am 11. September auch mit denen auseinandersetzen müssen, die mit Angst und Ressentiments auf Stimmenfang gehen. Unsere gemeinschaftliche Aufgabe in den kommenden Monaten muss es daher sein, unsere Entscheidungen weiterhin transparent zu treffen, zu erläutern und in der Stadt zu erklären. Wir müssen weiter auf die – oftmals berechtigten – Sorgen und Nöte der Menschen hören und so rechtspopulistischem Gedankengut entgegentreten.

Lassen Sie uns diese Krise auch als Chance verstehen. Eine Chance, um alle Bereiche des städtischen Etats zu durchleuchten und zu überprüfen, wo wir Prozesse verbessern können.

Der Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement steht vor einem solchen Prozess und wir sind gespannt auf die Erkenntnisse. Leider – so hat man es auch vielen Wortbeiträgen dazu herausgehört – nehmen einige Fraktionen das Ergebnis der Organisationsuntersuchung bereits vorweg und ihnen geht es nur noch darum, wie viele Stellen zusätzlich geschaffen werden sollen. Wir reden in vielen Fällen vom „Konzern Stadt“, handeln aber nicht danach. Durch eine grundsätzliche Durchleuchtung, wie sie im Übrigen im Konzern Volkswagen in Wolfsburg derzeit durchgeführt wird, können auch wir als große Stadtverwaltung Schwächen erkennen, diese abstellen und am Ende sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Den großen Bereich der Pflichtaufgaben habe ich als Entwicklungspotenzial bereits genannt, lassen Sie mich noch kurz zwei weitere Bereiche anführen, in denen wir Handlungsbedarf sehen.

1. Mit interkommunalen Vergleichen können wir die Kosten für unsere Leistungen ins Verhältnis setzen und müssen uns danach fragen, warum eine kommunale Aufgabe in Braunschweig teurer ist als in einer vergleichbaren Kommune in der Region beziehungsweise in Deutschland.
2. Mit der papierlosen Arbeit im Rat sind wir eigentlich schon auf einem guten Weg. Ebenso mit den von uns beantragten Ansätzen zur Smart City. Doch welche Digitalisierungsstrategie verfolgt eigentlich die Verwaltung? Gibt es überhaupt

eine? Hier liegt unseres Erachtens viel Potenzial, welches bereits mittelfristig eine spürbare Entlastung im städtischen Haushalt bringen würde.

Doch zurück vom Ausblick zur heutigen Entscheidung über den Haushalt 2016. In den Beratungen in den Fachausschüssen und auch in zahlreichen Redebeiträgen der fachpolitischen Sprecher meiner Fraktion wurde deutlich, dass wir mit der Abstimmung über diesen Haushalt am Scheideweg stehen. Dem von SPD, Grünen und BIBS vorgezeichneten Weg, auch das haben die Redner meiner Fraktion deutlich gemacht, werden wir nicht folgen.

Bereits beim Beschluss für die Wiedereinführung von Kita-Entgelten hat sich gezeigt, welche Mehrheit den heutigen Haushalt beschließen will. Dass sich die SPD in die Hände der Grünen und vor allem die der BIBS begibt, ist für mich nicht nachvollziehbar, da doch ein klares Angebot meiner Fraktion für eine Zusammenarbeit mit der SPD vorlag. Dieses will ich hier kurz in den wichtigsten Punkten umreißen. Unser Vorschlag war:

1. Es bleibt bei der Gebührenfreiheit im Kindergarten; hier haben SPD, Grüne und BIBS inzwischen anders entschieden
2. Für jeden Euro, der zusätzlich durch Anträge das Defizit im Haushalt erhöht, werden zwei Euro bei den Aufwandsbudgets der Fachbereiche gestrichen; SPD, Grüne und BIBS lassen

keinen Sparwillen erkennen und haben keinerlei ernsthafte eigene Einsparvorschläge vorgesehen. Im Gegenteil hat die SPD diesen Vorschlag sogar mehrfach als „Strafzoll für SPD-Anträge“ gebrandmarkt und damit deutlich gemacht, dass sie nicht bereit ist, zu sparen.

3. Die 1,58 Millionen Euro, die aufgrund der Beibehaltung der Gebührenfreiheit in unseren Kindergärten im Haushalt 2016 fehlen, sollten einmalig aus der Rücklage ausgeglichen werden. Für das Jahr 2017, in dem dann 3,8 Millionen Euro ausgeglichen werden müssen, sollte bereits im laufenden Jahr gemeinsam von CDU, SPD und Verwaltung ein Sparvorschlag erarbeitet werden, um in der von Oberbürgermeister Markurth vorgesehenen Größenordnung zu sparen; das wurde von der SPD als zu unkonkret zurückgewiesen.

Dabei dürfte allen klar sein, dass in den nächsten Jahren weitere Einsparungen von Nöten sein werden, wenn die städtische Verschuldung nicht wieder ansteigen soll. Es gleicht daher schon einem Treppenwitz der Geschichte, dass mit den Grünen und den BIBS zwei Fraktionen, die bis vor Kurzem noch vehement jegliche Existenz von Rücklagen geleugnet haben, eben diese Rücklagen nun heranziehen, um ihre zusätzlichen Ausgabenwünsche erfüllen zu können.

Wie ich bereits ausgeführt habe, dürfen wir unsere Sparanstrengungen nicht nur auf die freiwilligen Leistungen beschrän-

ken, denn bei diesen würden wir in der Tat an die Substanz gehen und ohne die von uns geforderte ganzheitliche Organisationsuntersuchung wären die Folgen nicht abschätzbar. Ein weiteres Sparprogramm für 2017 kann also nur erfolgen, wenn der klare Wille zum Sparen bei den Fraktionen vorhanden ist und wir von der Verwaltung unterstützt werden. Diese Grundvoraussetzung sehen wir derzeit nicht als gegeben an, denn außer bei uns und der Verwaltung ist in diesem Rat kein ernsthafter Sparwille erkennbar.

An dieser Stelle möchte ich auf einige Vorwürfe der SPD eingehen und diese entkräften. Sie behauptet, dass unsere Vorschläge zum Sparen zu unkonkret seien. Das ist falsch! Für 2016 könnte ich Ihnen sogar die genauen Haushaltsstellen nennen, an denen wir weiter die Ausgaben kürzen würden. Unseren Plan für 2017 habe ich eben geschildert.

Die SPD behauptet, sie würden heute eine „Koalition der Willigen“ eingehen und unsere CDU hätte sich verweigert. Das ist falsch! Das Scheitern der Gespräche mit der SPD lag an deren Absage zu jeglicher Sparbekenntnis. Leider müssen wir festhalten, dass es zu keinen ernsthaften Verhandlungen über einen von CDU und SPD getragenen Haushalt gekommen ist. Denn während ich für die CDU-Fraktion konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit gemacht habe, bestand die Antwort zunächst nur aus einem „wir prüfen“ und abschließend aus einem ein-

deutigen „nein“. Ein eigenes Angebot der SPD-Fraktion wurde nie unterbreitet. Und deshalb stellt sich auch jetzt wieder die Frage, die so viele Vorredner gestellt haben und die bis jetzt nicht beantwortet wurde: „Liebe SPD-Fraktion, wo wollen Sie sparen und wann wollen Sie anfangen – wenn nicht jetzt?“

Die SPD behauptet, dass sie nur kleine Korrekturen am Haushalt zum Erhalt notwendiger sozialer Projekte vorgenommen habe. Das ist falsch! Die Wiedereinführung von Kita-Gebühren belastet nicht nur tausende Eltern in der Stadt, sondern führt in der auf Antrag von SPD und Grünen beschlossenen Variante auch noch dazu, dass kein Cent im städtischen Haushalt ankommt. In der Konsequenz fehlen also in diesem Jahr rund 1,6 Millionen Euro und ab nächstem Jahr mindestens 3,8 Millionen Euro. Das sollen kleine Korrekturen sein? Darüber hinaus gibt es SPD-Anträge für die Schaffung einer Biologenstelle im Fachbereich 61 und für ein Verkehrsgutachten im Norden der Stadt; beide Projekte übrigens jahrelang von der SPD abgelehnt und nun von ihr selbst beantragt; wo hier das soziale Projekt steht, das müssen Sie den Braunschweigerinnen und Braunschweigern erst einmal erklären!

Wenn in der Braunschweiger Zeitung steht, dass die SPD kein „Oberbürgermeister-Wahlverein“ sei, dann zeigt das doch deutlich, wie weit Sie sich von Oberbürgermeister Markurth entfernt

haben und dass dieser sich auch in Zukunft in wichtigen Zukunftsfragen nicht auf seine eigene Fraktion verlassen kann.

Herr Oberbürgermeister, uns alle hat die VW-Krise kalt erwischt. Aber ich kann Ihnen versichern, dass die CDU-Fraktion bei notwendigen Sparmaßnahmen auch weiterhin an Ihrer Seite steht. Das habe ich Ihnen im November des letzten Jahres zugesagt, in unseren Gesprächen danach immer wiederholt und dazu steht die CDU-Fraktion auch weiterhin! Bei uns gibt es lediglich den Dissens über die von Ihnen forcierte Wiedereinführung der Kita-Entgelte, doch ich habe eben geschildert, wie in unseren Augen weiteres Sparen laufen könnte. Wir sind jederzeit – auch im Wahljahr – bereit, Verantwortung zu übernehmen!

Leider ist abseits von Oberbürgermeister und CDU-Fraktion in diesem Rat kein ernsthafter Sparwille erkennbar. Anstatt sich klar dazu zu bekennen, dass in den kommenden Jahren gespart werden muss, wird entweder mit dem Begriff „Strafzoll“ die Notwendigkeit der Ausgabendisziplin weggewischt oder es werden sogar weitere Ausgaben in den sowieso schon defizitären Haushalt aufgenommen. Sie sehen sich als die „Koalition der Willigen“, doch wir sind weder unwillig zu Sparen noch unwillig Verantwortung in dieser Stadt zu übernehmen. In einem Punkt sind wir jedoch sehr unwillig: Wenn es nämlich daran geht, die Verschuldung zu erhöhen! Diesen Weg, den SPD und

Grüne bereits in den 1990er-Jahren gegangen sind, müssen sie auch heute alleine gehen.

In der Braunschweiger Zeitung von Montag wurde sozusagen der Beginn des Wahlkampfes eingeläutet und in vielen anderen Erklärungen ist dieses heute noch einmal verdeutlicht worden. Die Braunschweigerinnen und Braunschweiger werden am 11. September entscheiden, ob sie sich mit einer starken CDU für den soliden Weg entscheiden. Einem soliden Weg, auf dem streng zwischen dem Machbaren und dem Wünschenswerten getrennt wird. Oder ob sie sich mit der SPD für den Weg zurück in die Verschuldung entscheiden – denn nur so können wir Ihren Unwillen für ein Bekenntnis zum Sparen deuten. Um bereits die heutige Entscheidung festzuhalten, bitte ich nach § 42 (1) Satz 4 unserer Geschäftsordnung darum, dass das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion zum Haushalt festgehalten wird.

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, während der Vorschlag der Verwaltung noch eine Basis für Verhandlungen bot, so geht der nun vorliegende Haushaltsentwurf in die falsche Richtung. Diesen Weg können wir nicht mittragen, deshalb wird die CDU-Fraktion die Haushaltssatzung 2016 ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!